

SPäckDrumELF

MEHR MUT ZUR INTERAKTION!

Liebe Genoss:innen

Letztes Jahr war erneut durch zahlreiche Krisen geprägt: Vom andauernden Krieg in der Ukraine, über die sich stetig verschlimmernde Klimakatastrophe bis hin zum neu aufflammenden Nahostkonflikt. Da scheitert man schon nur beim Versuch, alle diese Themen einzubeziehen. Apropos gescheiterte Inklusion: Auch in gesellschaftlichen Fragen sind wir weit davon entfernt, Gleichheit für alle zu schaffen. Egal, ob es sich um Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, der sexuellen Orientierung oder der Herkunft handelt.

Doch die SP hat auch letztes Jahr wieder alles unternommen, um diese Ungleichheiten zu beseitigen. Sie gilt dabei wahlweise als Leuchtturm in der Finsternis oder als nerviges Gutmenschentum – kommt halt immer auf die Perspektive an. Im Gegensatz zu den anderen Parteien würde es der SP aber nie passieren, über die sprachliche Ebene Bevölkerungsgruppen auszuschliessen. Doch wie würde eine solche sprachliche Ausgrenzung überhaupt aussehen? Nehmen wir zum Beispiel ein hypothetisches SP-Blatt mit dem Titel «SPäckDrumELF». Dieser Titel wäre nicht nur geeignet, die vielen vegetarischen Mitglieder:innen der SP zumindest zu befremden. Vielmehr könnten dadurch auch die migrantischen Mitglieder:innen muslimischen Glaubens vor den Kopf gestossen werden. Nicht auszuschliessen, dass dieser Titel auch von Personen auf dem Autismuspektrum ableistisch interpretiert werden könnte.

Ihr seht: Ich mache mich ein bisschen lustig. Doch das Ganze hier ist liebevoll-ironisch gemeint und keineswegs selbstgerecht. Denn es stellt sich die Frage, ob eine Namensänderung in einem solchen Fall überhaupt notwendig wäre. Dafür sprechen würde, dass die Sprache

immer auch die Wirklichkeit beeinflusst. Aus diesem Grund genderne ich auch aus voller Überzeugung in diesem Text. Gleichzeitig haben wir alle die Fähigkeit, Begrifflichkeiten je nach Kontext differenziert zu betrachten. Etwa wenn wir in vertrautem Rahmen über einen ansonsten anstössigen Witz lachen. Oder wenn Minderheiten eine diskriminierende Fremdbezeichnung zur Eigenbezeichnung machen.

Um dieses komplexe Thema ein bisschen einordnen zu können, würde ich gerne von einer persönlichen Erfahrung erzählen: Als Neumitglied der SP habe ich letztes Jahr an einem kleineren Partei-Event teilgenommen. Da ich vorher noch gearbeitet habe, bin ich ein bisschen später dazugestossen. Als ich die Tür zum Raum öffnete, suchte ich während Sekunden nach einem bekannten Gesicht, um mich zu vergewissern, dass ich hier richtig war. Dabei muss ich ganz schön verwirrt ausgesehen haben. Nach

ein paar Sekunden wurde ich von einer der verantwortlichen Personen angesprochen. Bis hierhin ganz normal, hätte sie es nicht auf Hochdeutsch getan. Hierbei muss erwähnt werden, dass ich aufgrund meines Aussehens ganz klar migrantisch gelesen werde, meine Muttersprache aber Schweizerdeutsch ist. Ob diese Person es zuerst auf Schweizerdeutsch versucht hat und ich es nicht gehört habe, kann ich nicht beantworten. Es ging schlicht zu schnell. Klar ist, eine Weisse Person wäre wohl auch bei mehrmaligem Nachfragen noch auf Schweizerdeutsch angesprochen worden. Ist dies tragisch? Auf keinen Fall. Schliesslich sehe ich auch die gutgemeinte Intention dahinter, dass man eine Person, die möglicherweise nicht Schweizerdeutsch spricht, dadurch inkludiert. Dabei musste besagte Person innerhalb von Millisekunden eine Entscheidung treffen, wobei sie sich hierfür auf Stereotype stützte. Dies passiert uns allen, mich eingeschlossen. Hat es



Feministischer Streik 14. Juni 2023.



Standaktion für die Nationalratswahlen mit Spitzenkandidatin Michèle Dünki.

etwas an meinem Abend verändert? Die Beantwortung dieser Frage ist nicht ganz so einfach. Schliesslich verhalte ich mich in solchen Settings, wo die Mehrheit der Personen nicht migrantisch ist, automatisch ein bisschen anders. So versuche ich durch meine Ausdrucksweise und meine Art, zu signalisieren, dass ich trotz meines wahrgenommenen Migrationshintergrundes einer von «ihnen» bin. Dieser Vorfall hat diese Tendenz in diesem Moment vielleicht noch ein bisschen verstärkt. Doch um ehrlich

zu sein, hätte ich mich auch ohne dieses Ereignis nicht restlos wohl gefühlt, da sowohl vom Alter als auch vom Hintergrund her zu wenige Personen «Meinesgleichens» dort waren. Was auch immer das bedeutet.

Doch dies ist noch nicht das Ende der Geschichte. Am Schluss des Abends lernte ich an dieser Veranstaltung eine Person kennen, die ohne Zweifel ein Hochdeutsch mit migrantischem Akzent sprach. Wohlwissend, dass die Frage nach der Herkunft nicht immer unproblematisch ist, fragte ich trotzdem nach. Schliesslich macht es doch einen Unterschied, wenn diese Frage von einer Person gestellt wird, die selbst Migrationshintergrund hat. Oder? Denn bei mir kann es sich ja augenscheinlich nur um Neugier handeln. Diese Person sah dies jedoch anders und erklärte mir, dass sie diese Frage generell nicht mehr beantworten würde. Und dabei blieb es auch.

Während ich also in einem Moment aufgrund meines Aussehens nicht zur Mehrheitsgesellschaft dazu gezählt wurde, repräsentierte ich in einem anderen Moment aufgrund meines Auftretens und meiner Sprache die Mehrheitsgesellschaft mit der immer gleichen, ermüdenden Frage: Woher kommst du? Das Bemerkenswerte: Beide dieser Interaktionen fanden am gleichen Abend und im

gleichen Setting statt. Einziger Unterschied: Die interagierenden Personen.

Die ganze Sache ist somit ziemlich komplex. Dennoch ergeben sich für mich zumindest ein paar Orientierungshilfen: Es ist nie falsch, die eigenen Privilegien und den eingeschränkten Blickwinkel zu reflektieren und offen für neue Perspektiven zu sein. Umgekehrt ist es jedoch völlig in Ordnung, Fehler zu machen und den eigenen blinden Flecken zum Opfer zu fallen. Klar fühlt es sich nie gut an, Stereotypen und diskriminierendes Verhalten zu reproduzieren. In solchen Fällen kann man* oder frau* aber auf die Kulanz des Gegenübers vertrauen: Solange ersichtlich ist, dass sich eine Person nicht absichtlich so verhalten hat und bereit ist, daraus zu lernen, sehen die meisten gerne darüber hinweg. Nicht zuletzt, da niemand unter uns von solchen Fehlern gefeit ist. Deshalb mehr Mut zur Interaktion!

Schliesslich sind wir im Endeffekt auch links, weil wir dem Leben zugewandt sind und uns nach einem guten und lustvollen Leben für alle sehnen. Davon könnte ein steriles Vermeiden von Fehlern nicht weiter entfernt sein. Insbesondere, da fast nie die Einzelpersonen, sondern eigentlich immer die uns umgebenden Strukturen, das Hauptproblem sind. Also lasst uns die Strukturen ändern, anstatt die ganze Verantwortung dem Individuum aufzubürden.

Im konkreten Fall ist das Ansprechen auf Hochdeutsch ein Symptom davon, dass auch in der SP die migrantische Bevölkerung der Schweiz untervertreten ist. Dadurch verhalten sich die einzelnen Personen unbeholfen, da sie in politischen Kontexten schlicht zu wenig Austausch mit Betroffenen haben. Anstatt einzelne Personen zu beschuldigen, sollten wir besser die Diversität innerhalb der SP fördern.

Was bedeutet das nun für den Titel dieses Blatts? Meiner Meinung nach lieber Wortspiele aber eine durchmischte SP, als eine lupenreine Sprache, die mehr dem Streicheln des eigenen Egos dient, ohne sich für tatsächlichen Wandel zu interessieren.

Milad Al-Rafu, Jurist, Journalist und SP-Mitglied ■

Impressum

Redaktion:
Arezoo Sang Bastian und Jeanette Isele.

Herausgeberin:
SP11, Postfach, 8050 Zürich,
www.sp11.ch

E-Mail:
vorstand@sp11.ch

Erscheint 1x jährlich im März.
Auflage 490 Stück.

Layout und Satz: Heidi Egger
Druck: www.printoset.ch

Jahresberichte aus dem Kantonsrat

ÖFFENTLICHE INFORMATIONEN FÜR ALLE UND ALLES

Kürzlich hat der Kanton Zürich beschlossen und kommuniziert, dass er sich von der Plattform «X» (ich nenne es immer noch Twitter) zurückziehen will. Aber es gab kaum Informationen über die Gründe und welche Alternativen in Erwägung gezogen werden. Da auch ich das zu wenig transparent fand, habe ich, nachdem ich dazu auch aus der Community aufgefordert worden war, zusammen mit Rafael Mörgeli die Anfrage 401/2023 eingereicht. Die Antwort ist Mitte März zu erwarten und wir sind gespannt.

Doch man muss gar nicht im Kantonsrat sein, um solche Informationen einfordern zu können. Bereits die Zürcher Kantonsverfassung regelt den Grundsatz:

«**Art. 17 Zugang zu amtlichen Dokumenten.** Jede Person hat das Recht auf Zugang zu amtlichen Dokumenten, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.

Art. 49 Transparenz. Die Behörden informieren von sich aus und auf Anfrage über ihre Tätigkeit, soweit nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen.»

Das weiss auch die Piratenpartei. Und da inzwischen durchgesickert war, dass in der Verwaltung zum Rückzug von Twitter und zum allgemeinen Umgang auf den sozialen Netzen ein Merkblatt existiert, haben sie ein Gesuch um Transparenz gemäss dem Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) gestellt und bald das Blatt erhalten. So haben sie es gleich auf Twitter selbst veröffentlicht.

Diesem IDG möchte ich dieses Jahr meinen Bericht aus dem Kantonsrat widmen.

Vor zwei Jahren gab es eine Vernehmlassung zur Totalrevision des IDG und als Co-Präsident der Digitalisierungskommission der SP Kanton Zürich war ich an der Vernehmlassungsantwort der SP Zürich beteiligt, die mehrheitlich wohlwollend ausfiel, da die Regierung von sich aus bereits das Öffentlichkeitsprinzip stärken und das Veröffentlichen von Daten (Open Government Data

OGD) fördern wollte. Unbestritten war auch, dass das Gesetz gründlich überarbeitet werden muss, um viele Begriffe zu aktualisieren und die Struktur zu straffen.

Aber mit allem waren auch wir nicht einverstanden. Dass auf eine Regelung zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) verzichtet und dass die Möglichkeit von Schlichtungsverfahren nicht berücksichtigt wurde, haben wir deutlich kritisiert. Nun hat die Regierung in Vorlage 5923 dem Kantonsrat diese Totalrevision des IDG übergeben.

Mit der neuen Auflage des IDG verfolgt der Regierungsrat die folgenden Ziele:

- Verbesserung der Übersichtlichkeit
- Stärkung des Öffentlichkeitsprinzips
- Neue Regelungen für offene Behörden
- Stärkung der Transparenz
- Anpassung der Kosten- und Gebührenregelung für den Informationszugang
- Anpassung der Anforderungen an die Bearbeitung von Personendaten
- Neue Regelung für Pilotversuche

Diese Ziele sind für mich grösstenteils richtig und wichtig. Darum verfolge ich das IDG weiter intensiv, auch wenn ich nicht Mitglied der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) bin. Und ich hoffe am Ende auch dem überarbeiteten Gesetz zustimmen zu können.

Nun aber zu den Details, was an dem totalrevidierten Gesetz gut ist und wo wir von der SP noch Verbesserungen einbringen können.

Das erste Ziel der Regierung «Verbesserung der Übersichtlichkeit» ist eine Selbstverständlichkeit bei jeder Totalrevision eines Gesetzes. Die Systematik und die Sprache, wie Gesetze aufgebaut und geschrieben werden, verändert sich laufend und muss darum periodisch in die Vorlagen einfließen.

Im neuen IDG soll es noch einfacher werden, Gesuche zur Veröffentlichung von Dokumenten zu stellen; so wie ich es eingangs über die Piratenpartei erzählt habe. In § 19 des IDG ist geregelt, dass die Gesuche formlos gestellt werden können; das heisst auch niederschwellig per E-Mail oder Telefon.



Arezoo Sang Bastian,
Neumitglied SP11 seit 2022 und
Vorstandsmitglied seit 2023

S'PASST, S'PASST NÖD.

S'passt: Gut besuchte Mitglieder- versammlungen zu aktuellen Themen mit thematischen Diskussionen, aber auch spannende (Kennenlern-)Gespräche über dies und das mit den Anwesenden; Aufeinandertreffen mit Mitgliedern, die lange (aktiv) in der Sektion dabei sind bzw. waren und viel spannendes Wissen zu unserer Sektion mit sich tragen; Neumitglieder, die auch genug von rechter Politik haben und durch ihre Mitgliedschaft bzw. ihr Engagement die SP stärken wollen

S'passt nöd: Krieg und Konflikte, egal wo auf der Welt; unmenschliche Migrationspolitik; die neusten Sparpläne unserer Bundesrätin im Finanzdepartement angesichts der steigenden Kosten in vielen Lebensbereichen, die die Mehrheit der Menschen betreffen; Beschwörung der Narrative in den Medien (v.a. ein gewisses FDP-nahes Medium...) von der Übernahme einer angeblichen «Cancel-Culture», «Gender-Wahnsinn» und «Identitätspolitik» in unseren Gesellschaften; die Tatsache, dass Privatjetflüge überhaupt erlaubt sind



Die Veröffentlichung der Behörden­daten ist eines der Ziele der Regierung. Damit ist klar, dass das Prinzip von Open Government Data (OGD) nun wirklich umfassend gilt. Dazu wird auch das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (LS 172.1) in § 44b angepasst und die Verwaltung dazu verpflichtet alles zu veröffentlichen, was nicht besonders schutzwürdig ist. Diese Schutzwürdigung wird in § 15 des IDG geregelt und betrifft nur klar nachvollziehbare Ausnahmen. Im Entwurf regelt das IDG das Prinzip der OGD nur für die kantonale Verwaltung; es kann für uns eine Chance sein, dies auch für die Gemeinden einzufordern oder mindestens für die Städte ab einer gewissen Grösse.

Schön ist, dass die Regierung in § 13 des IDG vorschlägt ein Verzeichnis der verwendeten algorithmischen Entscheidungssysteme einzuführen. Das ist aber leider noch längst keine echte Regelung, wie künstliche Intelligenz (KI) in der Verwaltung eingesetzt werden soll. Obwohl die Vorlage 5923 weiter geht als in der Vernehmlassung vorgeschlagen, müssen wir hier das Gesetz noch anpassen, damit es über die Transparenz des Verzeichnisses noch weitere Klärung bringt.

Im Umgang mit Personendaten hat sich die Vorlage 5923 deutlich gegenüber der Vernehmlassungsversion verbessert. Damals war in § 22 Absatz 2 des IDG folgendes vorgeschlagen:

«b. dies zur Erfüllung einer in einem

Gesetz hinreichend bestimmten Aufgabe notwendig und die Datenbearbeitung in einer Verordnung geregelt ist.» Das haben wir von der SP, aber wohl auch einige andere Parteien und Organisationen, kritisiert. Nun ist in der Vorlage, die aktuell in der STGK beraten wird, in § 24 des IDG das Folgende vorgeschlagen:

«c. dies zur Erfüllung einer in einem Gesetz oder einer Verordnung festgelegten Aufgabe geeignet ist und die betroffene Person im Einzelfall einwilligt.»

Somit muss man nicht mehr permanent Angst haben, dass unbeabsichtigt etwas über die eigene Person veröffentlicht wird, sondern es braucht die Einwilligung im Einzelfall, worüber man ja dann informiert wird.

Dies ist auch ein Beispiel wie komplex die Gesetzesberatung ist. Man muss immer schauen, welche Paragraphen in den unterschiedlichen Versionen korrespondieren und zusammenhängen. Hier musste ich den zuerst vorgeschlagenen § 22 mit dem neuen § 24 des IDG vergleichen; auch die Strukturen dieser Absätze haben sich etwas verändert. Aber diese Arbeit lohnt sich, denn so werden die Gesetze verbessert und die Menschen besser geschützt.

Ganz wichtig ist, dass der Einsatz von biometrischen Erkennungssystemen (z.B. Gesichtserkennung) im öffentlichen Raum nicht mittels Pilotversuchen eingeführt werden darf (§ 28 Abs.3 IDG). Das ist ein grosser Fortschritt, auch wenn damit klassische Videoüber-

wachung weiterhin möglich ist. Nun müssen wir schauen, dass wir dieses Verbot nicht nur auf Pilotversuche beschränken, sondern dauerhaft machen. Aber ob wir dazu die Mehrheiten haben, ist fraglich, da u.a. die GLP immer alles «technologieneutral» halten will.

Nun aber zu den nicht so tollen Veränderungen durch das totalrevidierte IDG.

Zwar ist in den Zielen gross von Stärkung des Öffentlichkeitsprinzips die Rede, wenn man das Gesetz aber genauer unter die Lupe nimmt, dann ist das nicht mehr so klar. In § 18 des IDG ist geregelt, welche Informationen nicht öffentlich sein müssen, nämlich neu auch die Protokolle der Gemeindevorstände oder der nichtöffentlichen Sitzungen der übrigen öffentlichen Organe. Damit werden auch die Exekutiven der Gemeinden immer mehr zu Dunkelkammern. Das werden wir bekämpfen und wir hoffen hier auf eine Stärkung des Öffentlichkeitsprinzips statt dessen Schwächung.

Unklar ist, was in § 11 Absatz c des IDG mit Kollegialitätsprinzip genau gemeint ist. Dass der Meinungsbildungsprozess, wie im selben Absatz geregelt, noch nicht öffentlich sein soll, verstehe ich gut. Aber diese Regelung reicht und muss nicht mit neuen unklaren Begriffen aufgeweicht werden.

Im Übrigen habe ich zum Datenschutz noch gar nichts gesagt, obwohl der Begriff ja im Titel des IDG vorkommt. Insgesamt ist dieser gut geregelt und im kantonalen Gesetz müssen wir auch nur für unsere eigene Verwaltung Regeln bezüglich des Datenschutzes aufstellen. Der Datenschutz von uns allen ist im nationalen Datenschutzgesetz geregelt. Insgesamt sehe ich das neue IDG als eine grosse Chance und klare Verbesserung. Nun wird es spannend zu sehen, was für Anträge von der anderen Seite zu ihrer Abschwächung gestellt werden und welche Mehrheiten diese haben werden.

Die Medien werden sicher wieder über das IDG berichten, sobald die STGK mit der Beratung fertig ist und die Vorlage in den Kantonsrat kommt. Und dann kommt allenfalls noch ein Referendum – dann berichte ich gerne wieder hier bei der SP11.



Austausch mit der Geschäftsleitung des Graubündner Kantonsrats in Zürich.



Die SP Fraktion von Monika Wickis neuem Platz aus fotografiert.

EIN NEUES TÄTIGKEITSFELD MIT VIELEN APÉROS

In der SP-Fraktion des Kantonsrats gibt es die ungeschriebene Regel, dass man nach acht Jahren Tätigkeit in einer Kommission diese wechseln sollte. Dies einerseits, damit die Arbeit nicht eintönig wird, aber andererseits auch, um den neuen Fraktionsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, in Sachkommissionen mitzuwirken. Obwohl ich klar hinter dieser Regelung stehe, ist es mir als eingefleischter Bildungspolitikerin nicht leichtgefallen, die Kommission für Bildung und Kultur zu verlassen.

Seit Mai 2023 habe ich nun Einsitz in der Geschäftsleitung des Kantonsrates (GLKR), sitze während der Ratssitzung neben den Parlamentsdiensten vorne auf dem Bock, nehme Vorstösse entgegen, verlese den Kantonsratseid und die Rücktrittsschreiben.

Auch die Arbeit hinter den Kulissen ist vielfältig. Wir tagen wöchentlich, jeweils am Donnerstag ab 18.15 Uhr, und oft haben wir danach noch einen gesellschaftlichen Anlass, das Treffen ehemaliger Ratsmitglieder oder Ratspräsident:innen, eine Zusammenkunft mit der Geschäftsleitung des Gemeinderats Zürich, mit dem Stadtrat von Zürich, dem Bankrat, der ZKB etc. Dies hat leider den ungewollten Nebeneffekt, dass ich die monatlichen Sektionsversammlungen, die auch immer donnerstags stattfinden, nur selten besuchen kann. Das ist schade. Andererseits lerne ich viele interessante Menschen kennen. Und diese kann ich dann bei einem feinen Häppchen mit neusten Erkenntnissen aus Bildung und Politik beglücken. Nebst den Anlässen gibt es aber auch an den Sitzungen einiges zu tun. Die

GLKR legt die Jahresplanung des Kantonsrats fest und entscheidet über die Traktandenliste sowie die Art der Debatte. Wir weisen die neuen Geschäfte den Kommissionen zu, verabschieden die Minderheitenstandpunkte bei Initiativen und diskutieren Verbesserungen am Rathausbau oder im Kantonsratgesetz.

Es gibt aber auch komplexere Dinge: Seit ich in der Geschäftsleitung bin, hatten wir zwei wesentliche Gerichtsfälle zu behandeln. Erstens wurde der Entscheid des Kantonsrats zur Erhaltung der Kantonsratswahl im Frühling 2023 juristisch angefochten. Wer sich erinnern kann weiss: Damals trat ein GLP-Mitglied kurz nach der Wahl im Februar zur FDP über und die Mehrheit des Kantonsrats hat die Wahl dennoch im Mai erwahrt, also für gültig erklärt. Bei der Erhaltung im Rat hatten wir auch eine ausgiebige Debatte darüber geführt, ob die Wählerinnen und Wähler getäuscht worden seien oder nicht. Der Entscheid des Verwaltungsgerichtes hierzu liegt noch nicht vor. Zweitens hat die Geschäftsleitung die Wahl eines Baurekursrichters aufgrund seiner gleichzeitigen Tätigkeit in einem Gemeinderat, der die Baumentscheide im Gesamtgremium fällt, abgelehnt. Dieser Entscheid wurde angefochten. Nun wurde dem Beschwerdeführer vom Verwaltungsgericht recht gegeben. Nicht, weil die GLKR falsch entschieden hätte, sondern weil im Gesetz dazu keine Klarheit besteht. Um die diesbezüglichen Unklarheiten aus dem Raum zu schaffen, hat die GLKR jetzt einstimmig eine Motion im Kantonsrat eingereicht.

Aber auch wenn die Arbeit in der GLKR

viel Zeit beansprucht, bin ich nach wie vor aktiv in der Bildungspolitik. Weiterhin bin ich im Ausschuss Bildung und Kultur der Fraktion sowie bei der Bildungskommission der SP Kanton Zürich dabei. Auch in diesem Jahr habe ich mehrere Vorstösse eingereicht: Vier Anfragen als Erstunterzeichnerin und zwei weitere habe ich mitunterzeichnet. Das Wahljahr war kein einfaches Jahr, um die anderen Parteien für die eigenen Anliegen zu gewinnen. Ich hoffe aber, dass wir die beiden Zwischenjahre bis zu den Gemeinderatswahlen sinnvoll nutzen und ein paar griffige Vorstösse machen können. Denn die Qualität im Früh- und Krippenbereich, in der Volksschule oder auch bei der Lehrerbildung ist für mich nach wie vor wichtig. So wichtig wie die Qualität der Arbeit des gesamten Kantonsrats, die ich nun als Mitglied der Geschäftsleitung mitgestalten kann.

In der GLKR sind alle Fraktionspräsidenten, das Ratspräsidium und die Vizepräsident:innen vertreten und dazu fünf Mitglieder aus den vier stärksten Fraktionen. Seit Mai 2023 haben vier Mitglieder das 15-köpfige Gremium verlassen. Ein Fraktionspräsident ist aus dem Rat ausgetreten, zwei Mitglieder sind in den Nationalrat gewählt worden und mussten ersetzt werden, und eine Person hat infolge dieser Rochaden wieder in eine Sachkommission gewechselt. Da bereits zuvor gewichtige Mitglieder wie Esther Guyer oder Markus Bischoff aus dem Rat und damit der GLKR ausgetreten waren, ist diese nun insgesamt ein recht unerfahrenes Gremium, und wir werden sehen, wie sich die Zusammenarbeit in den kommenden Monaten entwickelt. Es bleibt auf jeden Fall spannend.

Monika Wicki, Geschäftsleitung

JAHRESBERICHTE DER GEMEINDERÄT:INNEN

Mindestlohn – affaire à suivre

Die Stadtzürcher Stimmbewölkerung hat am 18. Juni 2023 erfreulicherweise dem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben» zugestimmt, den wir im Gemeinderat in einem langen Prozess erarbeiten konnten. Alle Arbeitnehmer:innen, die mehrheitlich in der Stadt Zürich arbeiten, sollen einen Mindestlohn von mindestens Fr. 23.90 pro Stunde verdienen. Das ermöglicht faire Löhne, von denen man anständig leben kann und ist längst überfällig.

Dieses deutliche Resultat der Volksabstimmung zeigt aber auch, wie breit die Vorlage abgestützt war – ein Verdienst unserer Gemeinderatsfraktion. Die Mitte/EVP-Fraktion setzte sich im Gemeinderat konstruktiv für einen Gegenvorschlags-Kompromiss ein und viele Unternehmer:innen standen im Abstimmungskampf mutig für ein «Ja» ein.

Der Gewerbeverband reichte daraufhin aber leider einen Rekurs gegen die Einführung des beschlossenen Mindestlohns ein. Damit blockierte er nicht nur die Umsetzung des Volksentscheids, sondern auch die dringend nötigen Lohnerhöhungen für die Betroffenen. Der Bezirksrat hat diesen Rekurs aber erfreulicherweise im November 2023 abgelehnt, und wir forderten, dass der Volksentscheid nun zügig umgesetzt

werden muss. Die Betroffenen sollen endlich von den dringend nötigen Lohnerhöhungen profitieren können und nicht noch monatelang warten müssen. Die Umsetzung wird nun aber leider noch einmal weiter verzögert. Der klare Entscheid des Bezirksrats hat den Gewerbeverband nicht davor abgeschreckt, den Entscheid an die nächsthöhere Instanz weiterzuziehen. Das ist bedauerlich, hat aber leider Strategie. Dem Gewerbeverband ging es mit diesem Vorgehen von Anfang an nur um eine Verzögerung. Die Lohndumping-Betriebe sollten nochmals zwei bis drei Jahre auf dem Buckel der Tieflohnbeziehenden ihre Gewinne machen können. Die rund 17 000 Tieflohnbetroffenen in der Stadt Zürich sind aber dringend auf die Einführung des demokratisch beschlossenen Mindestlohns angewiesen. Hoffentlich werden wir diesen Entscheid auch bald umsetzen können. Wir bleiben dran.

**Anjushka Früh, Sachkommission
Finanzdepartement**

Erneuerbare Energien, Stadtgrün und eine kurze Exkursion durch die Schweiz

In meiner Kommission TED/DIB (Tiefbau, Entsorgung und industrielle Betriebe) waren 2023 verschiedene Themen aktuell. Einige davon sind die

erneuerbaren Energien, die Stadtgrün-Initiative und der Ausbau der Stromnetze.

Die Stadtgrün-Initiative verlangte, dass für die Begrünung unserer Stadt eine von der Stadtverwaltung unabhängige Stiftung geschaffen werden sollte. Dies obwohl es zur Umsetzung dieser Anliegen in der Stadtverwaltung bereits die Fachplanung Hitzeminderung und die Fachplanung Stadtbäume gab. Zum Glück sprach sich das Stimmvolk deutlich für den Gegenvorschlag aus, den auch wir in der Kommission unterstützten, und damit für eine Koordination der Programme durch die Stadt und nicht privat.

Gemeinsam mit Beat Oberholzer (GLP) habe ich ein Postulat eingereicht, welches einen Bericht zum Ausbau der Elektrizitätsinfrastruktur im Jahr 2026 fordert und eines, welches fordert, dass das ewz den Nutzenden von intelligenten Messsystemen (Smart Meter) Echtzeitdaten zu ihrem Stromverbrauch zur Verfügung stellt. Beide Postulate sind im Rat angenommen worden.

Anfang September hatten wir unsere Kommissionsreise. Dabei konnten wir unter anderem mit eigenen Augen sehen, wie im Kanton Waadt im Windpark von Sainte-Croix Windenergie produziert wird, wie in der Vaudoise Arena in Lausanne mit der Abwärme der Kältemaschinen der fünf Eisbahnen sämtliche Räume sowie das Wasser beheizt werden, wie unter anderem im Jura Geothermie genutzt wird, wie in den Meriangärten in Münchenstein städtischer Grünraum nutzungsorientiert und naturnah neugestaltet wird, wie in der Stadt Basel Bäume geschützt werden und wie an der FHNW in Muttenz Digitales Bauen gelehrt wird.

Auch in diesem Jahr gehen uns die Themen in der Kommission nicht aus. Im Moment steht gerade eine grosse Neuorganisation der Wärmeversorgung der Stadt an, wobei das ewz die betreffenden Bereiche bzw. die thermischen Netze von Energie 360° und Entsorgung + Recycling Zürich ERZ übernehmen und unter einem Dach vereinen soll.

**Ursina Merkle, Sachkommission
Tiefbau- und Entsorgungs-
departement, Departement der
Industriellen Betriebe**



Das neue Schulhaus Thurgauerstrasse und vorne der noch nicht fertige Park.



Toller Empfang vor dem Ratsgebäude für Leah Heuri und Tamara Bosshardt.

Seebacher Themen

Ich probiere als Gemeinderätin des Kreis 11, Themen unserer drei Quartiere zu bevorzugen. In den letzten Jahren war dies die Bautätigkeit des Leutschenbachquartiers in Seebach. Die Überbauung Leutschenbach beim Fernsehstudio ist im Bau, es dauert aber ewig, bis es bewohnt werden kann. Immerhin sieht man, wie gross die Überbauung wird. Diese soll im Sommer 2025 fertig werden. Das Schulhaus Thurgauerstrasse nimmt Form an und wird im Sommer 2024 eröffnet. Damit aber dieser neue Teil von Seebach besser erschlossen sein wird und die Schulkinder einen kürzeren Fussweg bekommen, haben Florian Blättler und ich schon im Jahr 2020 eine Motion für den Durchstich eingereicht. Jetzt im 2023 haben wir in der Kommission Sicherheit und Verkehr (SID/V) die Weisung für einen Zusatzkredit für die Projektierung einer Quartierverbindung bekommen und auch genehmigt.

Im Jahr 2019 haben Grüne und GLP eine Motion zur Thurgauerstrasse eingereicht. Diese Strasse soll einspurig und auf Tempo 30 beschränkt werden. Auch diese Weisung haben wir letztes Jahr beraten und überwiesen. Leider mussten wir aber trotzdem eine provisorische Passerelle bewilligen; der Schulweg ist für die kleinen Kinder zu gefährlich. Dies wird uns auch dieses Jahr noch weiter beschäftigen.

Ebenfalls im Jahr 2019 habe ich zusammen mit Markus Merki (GLP) eine Motion zur Schaffhauserstrasse eingereicht. Es geht um die Strecke von der

Friesstrasse bis zum Seebacherplatz, die für die Velofahrenden viel zu gefährlich ist. Wir haben in der SID/V einen Bericht dazu bekommen, in dem uns der Stadtrat sagt, dass es hier keine wirklich gute Lösung gibt. Zusammen mit Carla Reinhard (GLP) haben wir dies noch einmal angeschaut und der Verwaltung konkrete Anträge eingereicht. Immerhin haben wir erreicht, dass wir eine Begehung mit der Verwaltung bekommen. Vielleicht kann man kleine Verbesserungen machen, die zu mehr Sicherheit führen. Ich bleibe dran und berichte nächstes Jahr wieder darüber.

Heidi Egger, Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr

Der Gemeinderat und die Intelligenz

In den letzten beiden Jahren ist das Thema künstliche Intelligenz (KI) bei einer breiten Bevölkerung angekommen. KIs wie Midjourney ermöglichen es, mit wenigen Stichworten teils fotorealistic Bilder zu erstellen. Auch wenn diese Tools bisher meist als Spielerei eingesetzt werden, so ist ihr Potential zur Verleumdung offensichtlich.

Weiter haben wir KIs wie ChatGPT, welche Texte von verblüffender Qualität verfassen können. Nicht nur Schüler*innen schreiben damit ihre Aufsätze, auch Journalisten lassen Artikel und Politiker*innen ihre Reden schreiben. Leider erfinden diese Tools ihre eigenen «Fakten», sie portieren und verstärken Vorurteile und Diskriminierung.

Aktuell scheint es nur zwei Reaktionen auf die neuen Technologien zu geben: «KIs sind die Lösung all unserer Prob-

leme!» und «Diese Technologie ist der Untergang des Abendlandes! Verbietet KIs!» Jedoch ist keiner dieser Ansätze zielführend. Weder wird ein flächendeckender Einsatz von KI irgendwelche Probleme lösen, noch kann man die negativen Auswirkungen durch Verbote in den Griff bekommen. KI ist hier, um zu bleiben. Wir werden lernen müssen, mit ihr zu leben und sie dort einzusetzen, wo es Sinn macht.

Auch im Gemeinderat sind diese Diskussionen angekommen. Die SVP hat verlangt, dass die Stadt KI einsetzt, um Verwaltungsentscheidungen zu fällen. Dass dies für die öffentliche Hand grundsätzlich eine schlechte Idee ist, solange KI-Systeme ihre Entscheidungen nicht korrekt begründen können, ist offensichtlich. Dass SVP-Mitglieder in ihren Voten offenbaren, dass sie den Unterschied zwischen regelbasierten und selbstlernenden Systemen nicht kannten, war dann doch eher peinlich.

Schlussendlich zeigt es, wie wichtig Bildung im Bereich KI ist. Aus diesem Grund habe ich mit Rahel Habegger zusammen einen Vorstoss eingereicht; wir fordern, dass die Stadt eine Strategie entwickelt, um die Kompetenz von Lehrpersonen und Schüler*innen bezüglich KI-Systemen zu fördern. KI verändert unsere Welt und wir müssen lernen, mit dieser neuen Situation umzugehen.

Florian Blättler, Rechnungsprüfungskommission

Oberaufsicht im Finanzdepartement

Im September letztes Jahr bin ich für Nicole Giger in den Gemeinderat nachgerückt und habe den Sitz von Nadia Huberson in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) übernommen, sowie gerade auch die Oberaufsicht des Finanzdepartements (FD). An dieser Stelle auch noch beiden ein grosses Dankeschön für ihre Arbeit im Gemeinderat.

Es brauchte ein paar Wochen und Sitzungen bis ich ganz im Gemeinderat und der GPK Fuss fassen konnte, aber zum Glück gibt es ganz tolle Menschen in und um die SP die bei Fragen und so weiter geholfen haben. Für den Einstieg in die Oberaufsicht des FD hatte ich ein Einstiegsgespräch mit Stadtrat Daniel Leupi und den beiden Departementssekretär*innen Rebekka Hofmann und Martin Luchsinger. Sie haben mir das ganze FD vorgestellt, insbeson-

dere Themen und Situationen, die besonders wichtig und aktuell sind.

In der GPK haben wir vor allem die Aufgabe die Oberaufsicht über die Stadt Zürich zu machen und wenn etwas auffällt nachzufragen oder teils sogar selber zu graben, um früh genug Unstimmigkeiten zu entdecken. Meine Aufgabe ist es, die Genossenschaften, Stiftungen und Unternehmen, welche an das FD angeschlossen sind und besonders auch das FD selbst, zu beobachten und in der GPK Bericht zu erstatten. Besonders spannend und in der GPK noch aktuell ist die Mitgliederbefragung von 2022, wo wir noch genauer schauen, wie die Einschätzungen sind in den jeweiligen Departementen und wo wir gegebenenfalls noch gewissen Themen nachgehen müssen. Viele Geschäfte, besonders im FD, sind leider geheim, da es sich um sensible Daten handelt, daher kann ich nur sagen, dass es einige spannende Geschäfte gibt, welche uns auch noch ins Jahr 2024 begleiten werden.

Leah Heuri,
Geschäftsprüfungskommission

Neu dabei

«Es guets Läbe für alli isch imfall kei radikali Forderig», mit diesem Slogan habe ich vor zwei Jahren für den Gemeinderat kandidiert. Allzu oft höre ich in Diskussionen, dass wir uns in der reichen Schweiz soziale Politik nicht leisten könnten.

Da sich die SP für eine feministische Politik für alle statt für wenige stark macht, bin ich ihr 2020 beigetreten. Um die Partei und die politische Arbeit besser kennen zu lernen, habe ich mich 2021 für den Gemeinderat aufstellen lassen. Ich hatte zunächst nicht damit gerechnet, mit meinem Listenplatz tatsächlich gewählt zu werden. Als ich diesen Sommer angefragt wurde, ob ich im Herbst nachrücken würde, passte der Zeitpunkt für meinen Einstieg in den Gemeinderat aber sehr gut.

Nach den Herbstferien ging es los: Vor dem Rathaus wurde ich von einer Delegation der SP11 empfangen. Über die bekannten Gesichter und guten Wünsche habe ich mich sehr gefreut! Nach drei Monaten im Gemeinderat lerne ich immer noch sehr viel Spannendes und

Neues dazu. Die wöchentlichen Rats-, Fraktions- und Kommissionssitzungen, der Weg vom «Seki» zum Ratsgebäude am Bullingerplatz und das Geräusch, mit dem meine Plastikkarte in die Abstimmungsanlage einrastet, fühlen sich aber bereits sehr vertraut an.

Als Quereinsteigerin in die Lokalpolitik habe ich keine Liste von eigenen Vorstössen, die ich so schnell wie möglich einreichen möchte. Ich konnte dafür einige Geschäfte von Personen übernehmen, die den Gemeinderat verlassen haben. Ende Dezember standen plötzlich vier dieser Geschäfte auf der Traktandenliste. Weil Debatten manchmal länger dauern, wurden die Geschäfte vorerst verschoben. Meine ersten politischen Reden sind nun aber geschrieben.

Theoretisch bin ich also bereit für den ersten Auftritt. Auch wenn mich der Gedanke an die erste Rede noch etwas nervös macht, freue ich mich auf alles, was in den nächsten Ratsjahren auf mich zukommt.

**Tamara Bosshardt, Sachkommission
Präsidialdepartement, Schul- und
Sportdepartement** ■

Kreisschulbehörde – Jahresrückblick 2023

MEHR «POLDIS» IM KREIS 11

Aufgrund des akuten Lehrpersonenmangels sah sich die Bildungsdirektion des Kantons Zürich gezwungen, ab dem Sommer 2022 auch Personen ohne Lehrdiplom – sogenannte «Poldis» – als Lehrpersonen zuzulassen.

Beim Start ins Schuljahr 2022–2023 waren rund 50 «Poldis» unter den insgesamt rund 950 Lehrpersonen im Schulkreis Glattal, der dem Stadtkreis 11 entspricht. Beim Start ins aktuelle Schuljahr 2023–2024 betrug diese Zahl bereits 73. Die «Poldis» sind also bereits fester Bestandteil des Schulalltags geworden.

Erfreulich ist, dass von den 50 im Sommer 2022 angestellten «Poldis» 31 eine Lehrerausbildung an der Pädagogischen Hochschule (PH) aufgenommen haben. Sie erfüllen somit die Vorgaben der Bildungsdirektion für eine Beschäftigung von mehr als einem Jahr und unterrichten so auch im Schuljahr 2023–2024 weiterhin im Kreis 11.

Mit anderen Worten: Von den 73 «Poldis» im Schuljahr 2023–2024 haben 42 frisch gestartet, während 31 bereits über

ein Jahr Unterrichtserfahrung verfügen und nun an der PH studieren.



Schild an einem Schulleitungsbüro im Glattal: «Der Humor ging zum Glück noch nicht verloren».

Wichtige Revision des neuen Berufsauftrags (nBA)

Der kantonal geregelte neue Berufsauftrag (nBA) wurde auf das Schuljahr 2017/2018 in Kraft gesetzt und definiert ein Jahresarbeitszeitmodell: Die Tätigkeiten der Lehrpersonen wurden in verschiedene Bereiche aufgeteilt und diesen Arbeitsstunden zugemessen. Derzeit wird der nBA einer Revision unterzogen, welche unter anderem den Lehrberuf wieder attraktiver machen und damit dem Lehrpersonenmangel entgegenwirken soll.

Auch die Kreisschulbehörde Glattal (KSB) durfte sich im Rahmen der Vernehmlassung äussern. Kontrovers diskutiert wird insbesondere die Erhöhung der Pauschale für Klassenlehrpersonen. Vorgeschlagen wird seitens der Bildungsdirektion eine Erhöhung von bisher 100 Stunden auf neu 120 Stunden. Die Motion vom Juli 2022 (Nr.232-2022), die vier Mitglieder von SP, Grünen, GLP und EVP im Kantonsrat eingereicht hatten, sah eine Pauschale von 200 Stunden vor; der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) fordert

sogar 250 Stunden. Die KSB schlägt eine Pauschale von 140 Stunden vor, was meines Erachtens weiterhin deutlich zu wenig ist. Der nBA kommt hoffentlich im Jahr 2024 in den Kantonsrat und wird wohl für rege Diskussionen sorgen, die sich unter anderem an den Kosten entbrennen dürften.

Umkämpfte Ersatzwahl KSB

Erneut kam es im Frühling 2023 zu einer Kampfwahl im Glattal, weil der parteilose Jonathan Ravindran für den freigewordenen Sitz der SP kandidierte. Unsere Co-Präsidentin Karin Saxer setzte sich bei einer sehr tiefen Wahlbeteiligung von 13.33% mit 3173 zu 1427 Stimmen durch. Dieses Resultat zeigt, dass der engagierte Wahlkampf von Karin Saxer wohl nötig war, hatte sich bei der vorhergehenden Ersatzwahl im September 2022 doch der parteilose Jens Krüger gegen den Kandidaten der AL durchgesetzt. Herzliche Gratulation, Karin, und viel Freude am neuen Amt!

Samuel Boller, Fraktionspräsident der linken Parteien der Kreisschulbehörde Glattal



Standaktion in Affoltern mit Marcel Buchschacher.



Standaktionen beim Sternen Oerlikon und Unterschriftensammeln vor der Bibliothek.

Jahresbericht des Co-Präsidiums

AKTIVISMUS UND VIEL NEUES

Ein intensives und ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Wir haben intensive Wahlkämpfe geführt, konnten politische Aktionen in unserem Kreis realisieren, haben einige politische Veranstaltungen organisiert und sind aktiv auf unsere Neumitglieder zugegangen.

Das Jahr begann mit den Kantonsratswahlen. Dafür haben wir einige Standaktionen organisiert, viele Flyer verteilt und einige Politapéros durchgeführt. Wir konnten unsere drei Sitze von Monika Wicki, Birgit Tognella-Geertsen und Felix Hoesch verteidigen. Leider hat es nicht für einen vierten Sitz gereicht.



Umzug am Frauen*streiktag, 14. Juni.

Nach dem Rücktritt eines Schulbehördenmitglieds im August 2022 konnten wir unseren Sitz bei einer Kampfwahl dank vielen Helfer*innen verteidigen und Karin Saxer wurde im März 2023 als Schulbehördenmitglied gewählt.

Der Sommer und Herbst waren geprägt vom Nationalratswahlkampf. Von unserer Sektion haben sechs Mitglieder für den Nationalrat kandidiert. Nadia Huberson hat für die SP kandidiert. Chiara Bono, Jan Suter und Simon Stettler haben für die Jusos kandidiert. Auf der SP Queer-Liste standen unsere beiden Sektionsmitglieder Alexander Herren und Michi Rüegg. Ein grosses Dankeschön an alle Kandidat*innen und Helfer*innen bei den Wahlkämpfen für den Kantonsrat, für die Schulbehördenwahl und den National- und Ständerat!



Transparent gegen den «Marsch fürs Läbe».

Dank den vielen Aktivist*innen im Wahlkampf konnten wir den SP-Wähler*innenanteil bei den Nationalratswahlen im Kreis 11 um ganze 4,48% steigern!

Im Mai haben wir uns mit einer Medienmitteilung, worin wir klar Position gegen die rechte Hetze bezogen, und mit unserer friedlichen Teilnahme am Sit-In Protest in der PBZ Oerlikon, mit der Drag Story Time und der Pestalozzi Bibliothek (PBZ) solidarisiert. Wir waren überwältigt von der grossen Unterstützung, die wir von linker Seite und von der Bevölkerung erfahren durften.

Wir haben auch ein Zeichen gegen den jährlich stattfindenden «Marsch fürs Läbe» gesetzt, eine Veranstaltung von Abtreibungsgegner*innen. Einige Tage zuvor stellten wir uns für eine Foto- und Social Media-Aktion mit einem Transpi mit der Aufschrift «Für körperliche Selbstbestimmung» auf den Marktplatz Oerlikon. Und während sich die Abtreibungsgegner*innen auf dem Marktplatz versammelten, hing unser Transpi gut ersichtlich in Oerlikon und setzte so eine klare Botschaft für das Recht auf Abtreibung und gegen den «Marsch fürs Läbe»!



Anjushka Früh berichtet über den Wohnraumfond.

Ausserdem gab es dieses Jahr zwei Wechsel im Gemeinderat. Im Herbst sind unsere Gemeinderät*innen Nadia Huberson und Nicole Giger aus dem Gemeinderat zurückgetreten. Wir danken ihnen herzlich für ihr Engagement im Amt und in der Sektion! Für sie rutschen neu Tamara Bosshardt und Leah Heuri in den Gemeinderat nach. Herzlichen Glückwunsch!

Eines unserer Ziele in diesem Jahr war es, unsere Neumitglieder besser abzuholen und einzubinden. Wir haben erfolgreich zwei Telefonaktionen veranstaltet um unsere Neumitglieder anzufragen. Dabei haben wir sie aktiv zu Veranstaltungen eingeladen und je nach Wunsch persönlich getroffen. Einige unserer Neumitglieder haben grosses Interesse gezeigt und uns an Veranstaltungen unterstützt.

Daneben haben wir monatlich Mitgliederveranstaltungen organisiert, viele Standaktionen zu den Wahlen und Abstimmungen durchgeführt, mehrere Handverteiler gemacht und ein tolles Parteifest im Juni genossen.

Wir danken euch allen für eure Unterstützung und aktive Mithilfe an unseren Aktionen und Events und allen unseren Rats- und Behördenmitgliedern für ihren unermüdlichen Einsatz im Amt. Wir freuen uns auch im kommenden Jahr auf viele tolle Begegnungen, auf coole Aktionen und auf ein aktives Sektionsleben.

Venceremos!

Karin Saxer, Chiara Bono und Jan Suter für das Co-Präsidium des Vorstands der SP11



Blumen für die vom Rat zurücktretende Nadia Huberson und die neue Leah Heuri.



Felix Hoesch referiert zur Seeuferinitiative am Katzenssee.



Nationalratskandidat:innen der SP11.



Vorstand der SP11: von links Jan Suter, Felix Hoesch, Jeanette Isele, Ursina Merkle, Oliver Frei, Karin Saxer, Chiara Bono, Monika Suter und Arezoo Sang Bastian. Es fehlen Peter Schädelin und Florian Blättler.

Zu Traktandum 4.2.

Das Protokoll der letzten Generalversammlung kann bei Karin Saxer eingesehen werden. Bitte meldet euch unter: aminilias@hotmail.ch.

Zu Traktandum 15.1

Der Vorstand kann gemäss Statuten aus maximal 11 Personen bestehen.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder Florian Blättler, Chiara Bono, Felix Hoesch, Jeanette Isele, Arezoo Sang Bastian, Karin Saxer, Peter Schädelin, Jan Suter und Monika Suter stellen sich zur Wiederwahl.

Ursina Merkle und Oliver Frei treten leider zurück. Es sind bereits Bewerbungen für die frei werdenden Sitze eingegangen. Weitere Interessierte an der Vorstandsarbeit können sich gerne bei Karin Saxer melden (aminilias@hotmail.ch).

Zu Traktandum 15.5, 15.6 und 15.7

Unsere Sektion kann 17 städtische, 8 kantonale und 6 schweizerische Delegierte stellen.

Wer sich wählen lassen möchte, meldet sich bitte bei Karin Saxer (aminilias@hotmail.ch).

Karin & Chiara**Dank an Ursina und Oliver**

Ursina Merkle und Oliver Frei haben sich entschieden nicht mehr für den Vorstand der SP11 zu kandidieren. Wir danken ihnen ganz herzlich für ihre Mitarbeit im Vorstand und wünschen ihnen weiterhin alles Gute.

**Einladung zur****GENERALVERSAMMLUNG VOM DONNERSTAG, 21. MÄRZ 2024**

Quartiertreff Zehntenhaus, Zehntenhausstrasse 8, 8046 Zürich, 20 Uhr

Traktandenliste

1. **Begrüssung**
2. **Rückblick vergangenes Jahr**
3. **Wahl der Stimmzähler:innen**
4. **Protokoll**
 - 4.1. Wahl Protokollführer:in
 - 4.2. Protokoll der letzten GV
5. **Mitteilungen**
6. **Mutationen /Mitgliederbestand**
7. **Jubiläen und Danksagungen**
8. **Jahresbericht des Co-Präsidiums**
9. **Berichte aus dem Gemeinderat**
10. **Berichte aus dem Kantonsrat**
11. **Bericht Kreisschulbehörde**
12. **Kassenbericht**
13. **Revisionsbericht**
14. **Abnahme der Jahresrechnung**
15. **Wahlen**
 - 15.1 Vorstand
 - 15.2 Präsidium
 - 15.3 Kasse
 - 15.4 Wahl der Revisor:innen
 - 15.5 Wahl der Delegierten der Stadtpartei
 - 15.6 Wahl der Delegierten der Kantonalpartei
 - 15.7 Wahl der Delegierten SP Schweiz
16. **Festsetzen der Mitgliederbeiträge**
17. **Budget**
18. **Statuten**
19. **Anträge der Mitglieder**
20. **Verschiedenes**



SP11-Sommerfest